



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand und nicht in den Wirkungskreis von Aktiengesellschaften, deren erstes Ziel die Gewinnmaximierung ist. Berlin hat damit gute Erfahrungen gemacht, etwa mit dem 2013 abgeschlossenen, erfolgreichen Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe. Eine zweite Rekommunalisierung hat der Senat diese Woche endgültig beschlossen: den Rückkauf der Stromnetze. Das ist für uns alle, für die Energieversorgung und das Klima, und insbesondere für unsere ver.di-Kolleginnen und -Kollegen, die noch bei Vattenfall beschäftigt sind, eine gute Nachricht. Für sie haben wir uns beim Senat stark gemacht und sehr gute Bedingungen für den Übergang vereinbart!

Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört auch, dass Beschäftigte ihre Rechte gegenüber dem Arbeitgeber wahrnehmen und gerichtlich durchsetzen können. Daher machen wir uns in Brandenburg für den Erhalt der Arbeitsgerichte stark. Dort will die zuständige Justizministerin Susanne Hoffmann ohne die Sozialpartner, ohne öffentliche Beteiligung, ohne eine Spur Dialog- und Kompromissbereitschaft und auch noch: ohne schlüssiges Konzept die Arbeitsgerichtsstandorte Potsdam, Eberswalde und Senftenberg schließen – als wenn Reformvorhaben in der Justiz immer noch wie zu Kaisers Zeiten per Federstrich entschieden würden. Dort machen wir uns auf allen Ebenen, zum Beispiel im zuständigen Landtagsausschuss, für den Erhalt der Brandenburger Arbeitsgerichte stark.

Ein weiteres zentrales Thema der öffentlichen Daseinsvorsorge, nämlich die Gesundheitsversorgung der Berlinerinnen und Berliner und hier im Speziellen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, setzen wir in diesen Tagen selber. An der Seite der Beschäftigten wollen wir die Situation für die Beschäftigten in den beiden großen öffentlichen Berliner Krankenhausgesellschaften Charité und Vivantes (= Chavantes) [entscheidend verbessern](#) und damit unser aller Gesundheit. Wie in einigen deutschen Städten bereits praktiziert, fordern wir für das Pflegepersonal einen [Tarifvertrag Entlastung](#) und den TVöD für alle Beschäftigten – also auch für das Labor, die Reinigungskräfte oder die Kantinen. Seid gespannt, was da kommt und macht mit.

Das alles steht unter der Überschrift des zweiten 1. Mai in Corona-Zeiten. Sie lautet: **Solidarität ist Zukunft**. Der DGB lädt uns alle am Samstag ab 14:00 Uhr zum [Livestream](#). Seid dabei, ich bin es auch.

Bis dahin: Passt auf Euch und Eure Liebsten auf – und lasst uns weiterhin gemeinsam miteinander die richtigen Dinge tun: im Betrieb, gewerkschaftlich, politisch und persönlich.

Euer Frank

Aktuelles zu Corona-Schutzmaßnahmen im Berliner ver.di-Haus

Unsere Schutzmaßnahmen für ver.di-Mitglieder und Beschäftigte bleiben unverändert. Ihr könnt die Geschäftsstellen bis auf Weiteres nur nach vorheriger Terminvereinbarung unter Einhaltung der Masken- und Abstandspflicht betreten. Bitte kontaktiert uns telefonisch oder per [E-Mail](#).

Tarifbewegungen im Landesbezirk Berlin-Brandenburg



WIR HALTEN DEN LADEN AM LAUFEN. HANDELN. FÜR MORGEN!

Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat am 09. März den Startschuss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, also auch für Berlin und Brandenburg gegeben.

Über 800.000 Tarifbeschäftigte und rund 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte sind von der anstehenden Tarifrunde betroffen. Schon jetzt lässt sich sagen, dass die Arbeitgeber in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sich Verschlechterungen fest in den Kopf gesetzt haben. „Sie wollen die Systematik der Eingruppierung zu Euren Lasten verändern“, sagt Andrea Kühnemann, stellvertretende Landesbezirksleiterin und zuständig für den Bereich.

Die Arbeitgeber drohen schon jetzt, über Tarifforderungen erst gar nicht zu verhandeln, solange es keine Verständigung beim Thema Arbeitsvorgang gibt. Sie wollen die Axt an die bisherigen Regeln der Eingruppierung legen. Das ist eine klare Kampfansage an das Eingruppierungssystem. Dagegen müssen wir uns stemmen und wehren – das geht nur gemeinsam. Nach dem Applaus kommen jetzt die Drohungen der Arbeitgeber, sie zeigen ihr wahres Gesicht. Das gilt es abzuwehren.

Wir werden uns gut vorbereiten müssen. Macht mit, beteiligt Euch an der Forderungsdiskussion und der Durchsetzung unserer sehr berechtigten Interessen, denn Ihr haltet den Laden am Laufen.

Wie können wir Dich in der Pandemiezeit am besten erreichen? Hast Du ver.di Deine privaten Kontaktdaten mitgeteilt oder haben sie sich geändert? E-Mail, Handy, Festnetz? Wenn nein, hol das nach und informiere uns am besten per e-mail service.bb@verdi.de.

[Hier](#) findet Ihr in den nächsten Wochen laufend aktuelle Informationen zur Tarifrunde.

Brandenburg zahlt ab 1. Mai 2021 13 Euro Mindestlohn für öffentliche Vergaben

Dazu hat auch die Diskussion um die Höhe des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns beigetragen, der mit 9,50 € kein armutsfestes Leben ermöglicht. Bei einem Stundenlohn von 13 Euro in einem Vollzeitverhältnis besteht eine Chance, auch im Alter oberhalb der Armutzone zu bleiben.

ver.di setzt Gesetzesänderung durch: Personalvertretungen bleiben mit Telefon – oder Videokonferenzen handlungsfähig

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 25.03. auf unsere Initiative hin endlich Rechtsicherheit bei Beschlussfassungen des Personalrates sowie der Jugend- und Auszubildendenvertretung mittels Videokonferenzen und, sofern notwendig, telefonischer Zuschaltung geschaffen. Die neue Regelung stellt



die Handlungs- und Beschlussfähigkeit der Personalvertretungen in Berlin auch während Pandemie-Zeiten sicher.

Seit April letzten Jahres hatte der Senat den Vorgang auf dem Tisch, hat aber die notwendige Anpassung lange nicht auf die Kette bekommen. „Wir sind froh, dass die Regierungsfractionen und das Abgeordnetenhaus die von uns schon so lange geforderte Änderung auf Grundlage unserer Vorschläge beschlossen hat“, sagt Andrea Kühnemann, stellvertretende Landesbezirksleiterin.

Aktuelles aus den Fachbereichen

Fachbereich 1 - Finanzdienstleistungen

Verhandlungsergebnis bei DB Direkt – die wochenlangen Streiks haben sich gelohnt!

Nach zehnmonatigen Tarifverhandlungen und wochenlangen Streiks hat ver.di in der Tarifaufeinandersetzung bei der Deutschen Bank Direkt (DB Direkt) ein schönes Verhandlungsergebnis erzielt. Es beinhaltet 3,5 Prozent mehr Gehalt und den stufenweisen Aufbau eines bislang fehlenden 13. Gehalts, ohne – wie es ursprünglich von der Arbeitgeberseite gefordert war - einer Kompensation für diese Zusatzleistung durch eine Eigenbeteiligung der Beschäftigten. Dazu Marcus Borck, ver.di-Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen: „Nach einem der längsten Arbeitskämpfe in der Finanzdienstleistungsbranche haben sich die Beschäftigten eine tarifliche Sonderzahlung erkämpft, die andere Beschäftigte im Deutsche-Bank-Konzern bereits haben. Das war überfällig. Auch die solidarische Unterstützung von sehr vielen ver.di-Kolleg*innen aus unzähligen Betrieben, Betriebsgruppen und Gremien von ver.di Berlin-Brandenburg war enorm wichtig und hat den Beschäftigten den Rücken gestärkt. Herzlichen Dank dafür!“

Für Beschäftigte der untersten Gehaltsgruppe mit knapp 2.100 Euro brutto bedeutet das erzielte Ergebnis – 13. Gehalt, Einmalzahlung und Tarifierhöhung – zusätzliches Geld für dieses Jahr in Höhe von fast 1.500 Euro.

Die Laufzeit des Tarifvertrags geht bis zum 31. Oktober 2023. Das Verhandlungsergebnis geht nun in die Urabstimmung der ver.di-Mitglieder bei DB Direkt. Die ver.di-Tarifkommission empfiehlt die [Annahme des Ergebnisses](#).

Fachbereich 3 – Gesundheit und Soziales

Historischer Tarifkonflikt ist vorbei: 97,3 % der ver.di-Mitglieder stimmen für Schlichtungsergebnis bei der CFM

Am 26. Februar 2021 hatte die Schlichtungskommission das durch die Vermittlung des Vorsitzenden Matthias Platzeck zustande gekommene Tarifergebnis angenommen. Damit endete eine zwei Jahre währende, in Teilen sehr heftige Tarifaufeinandersetzung mit allein 85 Streiktagen im Jahr 2020. Die ver.di-Mitglieder bestätigten das Ergebnis jetzt per Briefwahl. 3.000 Beschäftigte verdienen nun deutlich mehr und profitieren von zusätzlichen Urlaubstagen.

Aufgrund der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, bei der Charité Facility Management GmbH (CFM) endlich eine Tarifbindung auf Basis des TVöD herzustellen, hatte die konfliktbeladene Tarifrunde eine große politische Dimension. Diverse Kundgebungen, auch am Dienstsitz des Regierenden Bürgermeisters,



begleiteten die konfliktbeladene Tarifrunde.

„Erstmals nach annähernd zehn Jahren mit wiederholten, teils massiven und von Streiks begleiteten Auseinandersetzungen um die Tarifbindung gibt es nun rückwirkend zum 1. Januar 2021 Tarifverträge, mit denen sich die Charité Facility Management auf den Weg zum TVöD macht“, sagt ver.di-Verhandlungsführer Marco Pavlik.

Die 2.500 Beschäftigten erledigen die nichtmedizinischen und nichtpflegerischen Dienstleistungen in der Charité: von der Abfallwirtschaft bis zur Zentralsterilisation. Statt einem Dschungel aus mehreren Vollzeit-Wochenarbeitszeiten – 38, 39, 40 oder 42 Stunden – gilt nun generell die 39 Stunden-Woche für alle. Der Urlaubsanspruch steigt von 26 auf 29 Tage, nach dem fünften Beschäftigungsjahr auf 30 Tage. „Auch, wenn wir noch ein deutliches Stück vom TVöD-Niveau entfernt sind, gibt es viele gute Regelungen in den Tarifverträgen, von denen die Kolleginnen und Kollegen vor Beginn dieser Tarifrunde nur träumten“, sagt Marco Pavlik.

Dazu gehört auch eine Entgelttabelle mit nach Beschäftigungsjahren gestaffelten Steigerungsstufen. Jetzt steigen die Entgelte automatisch nach zwei, sieben und zwölf Jahren kräftig an. Weil die bisherigen Beschäftigungsjahre bei der Eingruppierung voll anerkannt werden, erreichen sehr viele Kolleg*innen eine höhere Stufe und erhalten nun monatlich teils mehrere hundert Euro mehr als vorher.

„Positiv bewerten wir auch den Tarifvertrag über einen Gewerkschaftsfonds in Höhe von jährlich 100.000 Euro, um die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb weiterzuentwickeln“, sagt Marco Pavlik. „Im Namen der Tarifkommission möchte ich mich sehr für das erfolgreiche Wirken des früheren brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck als Schlichter bedanken.“

[2.500 Beschäftigte verdienen nun deutlich mehr](#)

Fachbereich 8 – Medien, Kunst und Industrie

Unser Erfolg: 3,9 Prozent mehr Lohn und Gehalt

Am 25. April konnte ver.di im sechsten Termin in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie nach zähem Ringen ein Tarifergebnis erzielen. Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen steigen in zwei Stufen um insgesamt 3,9 Prozent. Dieses Ergebnis konnten wir nur aufgrund der guten Warnstreikbeteiligung durchsetzen.

Bis zum 14.05.2021 ist eine Erklärungsfrist vereinbart worden. Die Tarifkommission berät und beschließt auf ihrer Sitzung am 04. Mai 2021 über das Tarifergebnis.

[Unser Erfolg: 3,9 Prozent mehr Lohn und Gehalt](#)

Jugend - startet digital und motiviert ins Tarifjahr

In der Tarifrunde der Länder und der anstehenden Auseinandersetzung bei Vivantes/Charité werden die Azubis wieder lautstark für ihre Forderungen eintreten. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren!

In Unterstützung der Initiative "Deutsche Wohnen & Co enteignen" setzen wir uns für gute Wohnbedingungen ein. Außerdem treten wir für eine gute Ausbildungsplatzsituation trotz Corona ein.



Denn es darf keine "Generation Corona" geben. Auf der DGB-Bezirksjugendkonferenz werden wir im Mai als größte Einzelgewerkschaft Akzente setzen.

Instagram: verdijugend_bb Kontakt: jugend.bb@verdi.de

Frauen in der Pandemie

Zum internationalen Frauentag haben ver.di-Kolleginnen darauf hingewiesen, dass Frauen durch die Pandemie besonders getroffen wurden. In [Videostatements](#) erzählen sie ihre Sicht der Dinge, die Beiträge hat der ver.di Frauenrat Berlin-Brandenburg organisiert.

Frauen-Stammtisch in Pandemiezeiten? Ja, Online!

Uns allen fehlen in den Zeiten von Abstand und Maske andere Menschen und der Austausch mit ihnen. Leider ist es ungewiss, wann wir endlich wieder in Café, Kneipe oder im ver.di-Haus zusammenkommen können. Das wollen wir ändern. Geplant ist ein lockerer Austausch über Themen, die uns als ver.di-Frauen jetzt in der Corona-Zeit besonders bewegen. Wie können wir uns gegenseitig unterstützen und diskutieren, welche Anforderungen haben wir an die Berliner Landesregierung?

Als ersten Termin wollen wir uns am Dienstag, den 11. Mai 2021 um 19 Uhr am Bildschirm treffen. Ein weiterer Termin ist für Donnerstag, den 10. Juni 2021, um 19 Uhr geplant. Das Rahmenthema dafür steht noch nicht fest. Aber vielleicht habt Ihr Wünsche? Schickt sie uns an frauen.bb@verdi.de und meldet Euch hier bitte auch an. Wir schicken Euch die Einwahldaten für unser Bildschirmtreffen am Tag zuvor.

Astrid Westhoff für die ver.di-Frauenräte Berlin und Berlin-Brandenburg

Personengruppe Selbstständige Berlin-Brandenburg

Unsere ver.di Bundeskommission Selbstständige informiert laufend im [ver.di – Corona - FAQ für Solo-Selbstständige](#) und bei [Facebook](#). Unsere Forderungen an die Politik im Superwahljahr 2021 lest Ihr [hier](#).

Brandenburg

Weitere aktuelle Informationen zu den Brandenburger ver.di-Bezirken findet Ihr auf den lokalen Seiten vor Ort: [Cottbus](#), [Potsdam](#) und [Nordostbrandenburg](#).

Veranstaltungen

Was kommt

ver.di wählt Berlin – prekäre Arbeit gehört abgeschafft! Nein zu einer neuen Welle des Kaputtsparens!
Gemeinsame Diskussionsveranstaltung als Videokonferenz am Donnerstag, 29. April 2021, von 17:00-19:30 Uhr. Wir diskutieren mit Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 26. September 2021.



Halbzeitbilanz - Vergesellschaftung von Deutsche Wohnen & Co online diskutieren

Vor zwei Monaten ist die zweite Unterschriftensammlung für "Deutsche Wohnen & Co enteignen" gestartet. Die Dynamik der Kampagne ist gewaltig und die Unterstützung wächst. Große Verbände und Gewerkschaften in Berlin unterstützen die Initiative. Zugleich hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen den Mietendeckel noch eine neue Dynamik in die Diskussion um die Mietenpolitik gebracht. Nun steht die Forderung nach einem bundesweiten Mietestopp im Raum. Berlin kann jedoch nicht warten. Es braucht weiterhin nachhaltige Lösungen für die Berliner Wohnungskrise.

Noch bis zum 26. Juni sammeln wir gemeinsam Unterschriften für die Vergesellschaftung der großen profitorientierten Immobilienunternehmen. Auf einer Online-Veranstaltung wollen wir am 5. Mai um 17:00 Uhr Halbzeitbilanz ziehen, Sammelerfahrungen austauschen, offene Fragen diskutieren und weitere Aktivitäten planen.

Anmeldung bitte an lbz.bb@verdi.de, Ihr bekommt dann den Link zugesandt.

GUV/FAKLUTA: beitragsfrei bis 30 Juni

Die Gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung (GUV/FAKULTA) versichert die Berufsrisiken von Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften und bietet allen Menschen, die mit ihrer Arbeit das Land am Laufen halten, eine beitragsfreie Mitgliedschaft bis 30. Juni. Voraussetzung ist lediglich die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft. Weitere Informationen findet Ihr [hier](#).

Wir freuen uns sehr über Euer Feedback zum Newsletter. Bitte sendet uns Eure Rückmeldungen nicht an die Mailadresse des Newsletters, sondern nutzt dafür diese Bezirksadressen: bezirk.berlin@verdi.de oder bz.berlin@verdi.de. Den Newsletter abonniert Ihr per [E-Mail](#). Die Datenschutzhinweise lest Ihr [hier](#).

V.i.S.d.P.: Frank Wolf, Landesbezirksleiter ver.di LBZ BB, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Telefon: 030-88666.

